
**REDE des FDP-Landesvorsitzenden Uwe Barth
zum 18. ordentlichen Landesparteitag
12.03.2005 in Pfiffelbach/Apolda**

*S P E R R F R I S T – (Redebeginn / 11.00 Uhr)
- Es gilt das gesprochene Wort -*

– ANREDE –

Ein herzliches Willkommen zum Landesparteitag der FDP Thüringen. Ein herzliches Willkommen den Delegierten aus den Kreisverbänden und natürlich auch unseren Gästen. Wir führen heute einen programmatischen Parteitag durch. Das höchste Gremium der FDP trifft sich, um die Programmatik weiter zu schärfen, um Ideen zu diskutieren, um unsere politische Vorgehensweise zu beraten mit dem Ziel, liberale Lösungen für die Probleme unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger zu präsentieren. Ich wünsche mir, dass Regierung und Opposition im Thüringer Landtag, dass aber auch die Bundesregierung sich dieser Aufgabe stärker widmen würde.

– ANREDE –

Und deshalb danke ich Ihnen sehr für die Mitarbeit an unserer programmatischen Arbeit, für die Mitarbeit an den heute vorliegenden Anträgen und für Ihre Hilfe und Kreativität in den Kreisverbänden und Landesfachausschüssen. Wir haben die Landesfachausschüsse im vergangenen halben Jahr erheblich. Dabei hat sich diese neue Struktur der Ausschüsse bewährt. Und ich muss sagen, dass das nicht nur an der neuen Struktur liegt, sondern insbesondere an den Personen, an den Parteifreunden, die in diesen Ausschüssen mitwirken. Und daher heiße ich auch unsere vier LFA-Leiter Willkommen und danke Ihnen für Ihre Arbeit: Jürgen Ehrlich, Herbert v. Schlotheim, Jost Hofmann und Jürgen Lange. Ihnen und Ihren Mitstreitern in den Ausschüssen herzlichen Dank. Ihre Arbeit war nur der Probelauf mit beachtlichen Ergebnissen. Jetzt kommt die richtige Arbeit, die uns gemeinsam mit dem Vorstand zu erfolgreichen Wahlen 2006 und 2009 führen wird.

– ANREDE –

Ein paar Worte zum Landesvorstand. Ich muss sagen, dass wir die Arbeit hervorragend aufgenommen haben. Vor allem ist die inhaltliche Arbeit, die Auseinandersetzung zu politischen Fragen unserer Zeit von hoher Qualität. Die klare Aufteilung von Arbeits- und Verantwortungsbereichen, hat den Vorstand deutlich aufgewertet. Das Arbeiten im Vorstand ist erfrischend, von Kreativität und dem politischen Willen zur Veränderung geprägt. Das war nicht immer so, deshalb will ich es auch klar benennen. Denn gerade in Zeiten, in denen der tägliche Kampf um die Zeilen in den Zeitungen, das Ringen um die Minuten in Fernseh- und Rundfunk eine große Bedeutung in der politischen Arbeit hat, braucht man einen funktionsfähigen und funktionierenden Vorstand. Wer von der Presse und damit der Öffentlichkeit ernst genommen werden will, muss selbst ernsthaft arbeiten.

– ANREDE –

Beim Stichwort Presse begrüße ich die auch heute anwesenden Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sehr herzlich. Und an dieser Stelle möchte ich auch sagen, dass ich mich über das Interesse der Medienvertreter heute, wie auch in den letzten Monaten,

freue. Natürlich kann ich als FDP-Landesvorsitzender nicht mit der Anzahl der FDP-Artikel zufrieden sein. Das kann ich von Hause aus nicht, denn als FDP-Politiker bin ich natürlich der Meinung, dass über die FDP viel mehr und öfter berichtet werden muss, als derzeit. Dennoch können wir uns, gerade was unsere Medienpräsenz in Ost- und Mittelthüringen betrifft, objektiv wenig beklagen. Verstehen Sie meinen Dank für die Berichterstattung gleichzeitig auch als Bitte, uns weiter zu begleiten.

– ANREDE –

Ein sehr herzliches Willkommen, ein sehr persönliches Willkommen unseren Ehrengästen am heutigen Tag. Ich freue mich sehr über den Zuspruch unserer ältesten Parteimitglieder, die zwischen 1945 und 1948 in die Partei eingetreten sind. Ich darf mich im Namen der FDP Thüringen sehr herzlich bei Ihnen für Ihr Kommen bedanken. Es zeigt Ihre 60jährige Verbundenheit zu Ihrer Partei. Es ist für uns Liberale nicht nur eine Freude, sondern auch eine Ehre, dass sie dem heutigen Landesparteitag bewohnen. Sie gehören zu der Generation, die nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, die nach Leid, Elend und Verbrechen den Neuanfang aus den Trümmern bestritten und geleistet hat. – ANREDE – es muss in so schnelllebigen Zeiten wie heute auch Zeit dafür gefunden werden, an seine eigenen Wurzeln zu denken, an seine politische Herkunft, an den Aufbau und das Wirken in den Nachkriegsjahren und an die, die all dies mit hohem und für uns später Geborene kaum nachvollziehbarem Einsatz und Opferbereitschaft vollbracht haben. Wir wollen wir uns im Verlauf des Parteitages auch dem Beginn unserer Partei vor 60 Jahren widmen. Das ist die Pflicht für unsere heutige Generation, das ist das Recht Ihrer Generation, der Generation des Aufbaus. Ihnen ein herzliches willkommen und ein herzlicher Dank für Ihre Lebensleistung und Ihre Treue zur liberalen Idee.

– ANREDE –

Ich bedanke mich ausdrücklich beim FDP Kreisverband Weimarer Land. Sehr herzlichen Dank für die Gastfreundschaft, persönlichen Dank auch an Otto Ritzel. Meinen Dank und meine herzlichen Glückwünsche an ihn, den neugewählten Vorsitzenden unseres Kreisverbandes hier im Weimarer Land bitte ich stellvertretend für all jene zu nehmen, die in den letzten Wochen und Monaten in die Kreisvorstände unserer Partei gewählt wurden. Sie stellen sich einer verantwortungsvollen und zeitaufwendigen Aufgabe, die sie ehrenamtlich ausführen und die sie auch nur mit dem Rückenhalt ihrer Familien ausführen können, die ich daher in meinen Dank ganz ausdrücklich mit einschließe. Und wenn ich vorhin die Vertreter der Presse begrüßt habe so sei mir an dieser Stelle gestattet zu sagen, dass dieser Aspekt öffentlich viel zu wenig bekannt und anerkannt ist. Politik vor Ort, in den Kreisen und Kommunen wird in den meisten Fällen von Menschen gestaltet, die sich dieser Aufgabe zum Nutzen der Allgemeinheit ehrenamtlich stellen, in der Zeit, die andere Feierabend nennen. Das verdient Dank und Anerkennung, nicht nur von mir, sondern ruhig auch etwas öfter von der Öffentlichkeit.

– ANREDE –

wir führen heute einen programmatischen Parteitag durch. Denn das sehen wir als unsere Aufgabe an: Ideen diskutieren - politische Vorgehensweise beraten - Lösungen für die anstehenden Probleme präsentieren. Das ist aber nicht nur unsere Aufgabe, das ist vor allem Aufgabe derer, die dafür gewählt wurden: Es ist Aufgabe der Regierungen in Berlin und in Erfurt.

Morgen ist es genau 9 Monat her, dass die CDU zwar massive Verluste hinnehmen, aber als Verlierer letztlich doch arithmetisch zum Sieger wurde und damit den Auftrag bekam,

Thüringen für weitere fünf Jahre allein zu regieren. Was ist in den neun Monaten geschehen?

Da war die versprochene finanzielle Planungssicherheit für die Kommunen, da war die angekündigte Politik des Sparens und Gestaltens. Die CDU hat dies in ihrem Wahlprogramm angekündigt. Daraus geworden sind die „finanzpolitische Eiger-Nordwand“ und ein Landeshaushalt, der gegen den Widerstand so ziemlich aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Landes durchgeboxt wurde und der seine Wirkungen in den nächsten Wochen und Monaten erst voll entfalten wird. Und zentrale und wichtige Fragen werden schon jetzt in die nächste Wahlperiode verschoben. Höhepunkt war die Mitteilung von Herrn Mohring, ab 2009 müsse aber ernsthaft gespart werden, dieses Geldausgeben könne sich das Land dann nicht mehr leisten. Die gleichlautende Ankündigung im Wahlprogramm 2004 ist dort offenbar nur aufgrund eines bedauerlichen redaktionellen Irrtums enthalten gewesen. Das war erst für 2009 geplant! Und bis dahin? Will man etwa so weitermachen, wie letztens ein CDU-Landtagsabgeordneter die Haushaltsentscheidungen der letzten Jahre rechtfertigte: Man habe schon gewusst, dass die Ausgaben zu hoch seien, aber man habe halt immer geglaubt, im nächsten Jahr werde es besser. Das –ANREDE – ist das Eingeständnis, bewusst über viele Jahre auf Pump und auf Kosten der nächsten Generation Politik gemacht zu haben. Und nun wird noch eine Behördenstrukturreform präsentiert, die nach dem Muster des Haushaltes den Betroffenen vor die Füße geknallt wird und die müssen nun sehen, wie sie damit klarkommen. Und diese Betroffenen sind gewiss nicht nur Beamte und Mitarbeiter, das sind vor allem auch Bürger und Unternehmer. Man kann Ämter und Behörden abschaffen, man muss dies sogar tun. Da können wir schnell Einigkeit herstellen. Entbürokratisierung ist liberales Grundverständnis. Aber man muss vorher schon ein bisschen nachdenken und die Dinge zu Ende denken.

– ANREDE –

Unser hochverehrter Ministerpräsident hat die Deregulierung zu einem Kernpunkt der jetzigen Legislatur erklärt. In seiner Regierungserklärung machte er deutlich, welche Ämter und welche Behörden er zusammenlegen, verkleinern oder aus der Landesverwaltung streichen möchte. Er hat sich in seiner Rede sehr ausführlich und sehr eindeutig mit den einzelnen Bereichen beschäftigt, hat erklärt, was er wo und wie zu ändern gedenkt. Er hat detailliert Änderungen in der Exekutive und auch gleich noch der Judikative der erstaunten Öffentlichkeit präsentiert. Und er nannte das ganze Paket Deregulierung und Entbürokratisierung. – ANREDE – Zum Kernbestand jeglichen ernsthaften und ernstgemeinten Versuches von Deregulierung und Entbürokratisierung hat er sich allerdings überhaupt nicht geäußert: Welche Aufgaben des Staates will er denn streichen? Welche Gesetze sollen denn außer Kraft gesetzt werden? Warum ist die Verantwortung der Legislative ausdrücklich nicht erwähnt worden? – ANREDE – Die Exekutive setzt das um, was die Legislative beschlossen hat. Wer deregulieren will, muss beim Gesetzgeber anfangen.

– ANREDE –

Was passiert denn, wenn man einfach nur Ämter zusammenlegt oder abschafft? Man verlängert die Wege für die Kunden, das sind Bürger und Unternehmer. Man verlängert damit die Bearbeitungszeit für Anträge, damit verzögert oder verhindert man auch Investitionen und dies wirkt sich letztlich auf die Schaffung und den Erhalt von

Arbeitsplätzen aus, leider aber nicht positiv. Entbürokratisierung, und wir erklären dies gerne auch langsam zum Mitschreiben, Entbürokratisierung geht so:

1. Man nehme Regelungen, Genehmigungstatbestände und Berichtspflichten.
2. Man prüfe diese auf ihre Notwendigkeit.
3. Man prüfe die verbliebenen erneut auf ihre Notwendigkeit.
4. Man wiederhole drittens.
5. Nun nehme man einen großen Papierkorb und werfe die aussortierten Dinge hinein.
6. Nun schaue man, welche Behörden für die verbliebenen Regelungen erforderlich sind und löse die restlichen auf.
7. Man nenne das Ganze Verwaltungsreform und sei stolz darauf.

So geht Entbürokratisierung, alles andere ist bestenfalls Aktionismus und darauf kann Thüringen verzichten.

Wir haben dies und anderes im Antrag 30, den wir heute beraten werden, zusammengefasst. Das ist nicht neu, aber es ist ein ungelöstes Problem und deshalb sprechen wir es wieder und wieder an.

ANREDE

wir führen heute einen programmatischen Parteitag durch. Denn das sehen wir als unsere Aufgabe an: Ideen diskutieren - politische Vorgehensweise beraten - Lösungen für die anstehenden Probleme präsentieren:

Ich wünschte mir, in Erfurt, aber auch in Berlin würde dies stärker bei der Regierungsarbeit berücksichtigt: Hier geht es leider aber nur um Machterhalt und die Ablenkung auf Nebenkriegsschauplätze.

– ANREDE – Wir haben 5,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Und Rot-Grün beschäftigt sich allen Ernstes mit einem sog. Antidiskriminierungsgesetz. Das ist nicht nur der völlig falsche Blick in eine völlig falsche Richtung – ANREDE – das muss für Arbeitslose wie Hohn und Spott klingen.

Diese Statistik, diese erschreckende Zahl von 5,2 Mio. Arbeitslosen kommt aber nicht von ungefähr, sie ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis einer jahrelang verfehlten Gesamtpolitik. Es ist nicht nur die Wirtschaftspolitik, oder die Arbeitsmarktpolitik, das ist kein isoliertes Problem. Nein – ANREDE – diese dramatische Statistik ist ein nationales Problem. Und dieses nationale Problem hat Rot-Grün zu verantworten. Diese Regierung hat diese Arbeitsmarktzahlen zu verantworten. Und wenn eine Regierung eine solche Quittung für ihre Arbeit erhält, kann das nur eines bedeuten: Diese Regierung muss weg, je schneller, desto besser.

– ANREDE –

Über fünf Millionen Menschen in Deutschland sind arbeitslos. Diese Zahl wächst von Monat zu Monat. Das ist erschreckend und erschütternd. Über fünf Millionen Arbeitslose, offizielle Arbeitslose! Hinter dieser Zahl stehen persönliche Schicksale, stehen millionenfache Ängste und Sorgen, steht oft genug auch Armut. Hinter dieser Zahl stehen die Sorgen von über fünf Millionen Menschen und ihren Angehörigen, ihren Familien und ihren Kindern.

– ANREDE –

Über fünf Millionen Arbeitslose sind ein nationales Problem, weil das Problem jeden betrifft. Nicht nur die Arbeitslosen. Es betrifft jeden, auch wenn er noch so fest auf seinem Arbeitsplatz zu sitzen scheint. Denn über fünf Millionen Arbeitslose bedeuten

Milliardenausfälle an Steuern; Milliardenausfälle bei Pflege- und Rentenversicherungen; Milliardenkosten für die Arbeitslosenversicherung. Und dies bedeutet Schulden, Schulden, Schulden.

Die Arbeitslosigkeit ist die Wurzel unserer Probleme. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Der Armutsbericht in diesem Jahr ist erschreckend. Dieser Armutsbericht ist ein Armutszeugnis für Rot-Grün. Immer mehr Menschen in Deutschland fallen unter die Armutsgrenze. Immer mehr Familien sind darunter. Besonders Familien mit Kindern sind akut von Armut bedroht. Schuld an dieser Armuts-Misere ist nicht der Reichtum anderer. Eine Vermögenssteuer wird die Armut nicht bekämpfen und nicht beseitigen. Eine höhere Einkommenssteuer, eine höhere Unternehmenssteuer, eine höhere Erbschaftssteuer wird Armut nicht bekämpfen und nicht beseitigen. Die verblendete politische Linke, ideologische Demagogen - rot und vor allem grün angestrichen - will uns dies gern glauben machen. Mit Neid fängt man Stimmen. Es stimmt aber nicht. – ANREDE – Der Armutsbericht sagt es deutlich: Arbeitslosigkeit ist der Hauptgrund für ein Abrutschen unter die Armutsgrenze. Arbeitslosigkeit ist dafür verantwortlich. Und wer für Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, weiß ich, Sie wissen es und die Bundesregierung weiß es auch. Dieses nationale Problem hat Rot-Grün zu verantworten. Und wenn eine Regierung eine solche Quittung für ihre Arbeit erhält, kann das nur eines bedeuten: Diese Regierung muss weg, je schneller, desto besser.

– ANREDE –

Wer den überregulierten Arbeitsmarkt, den starren Kündigungsschutz, die hohe Lohnbelastung und die tausenden kleineren und größeren Lasten für Wirtschaft und Menschen mehr und mehr ausbaut, macht sich schuldig an den Armen und Schwachen unserer Gesellschaft. Die Wahrheit ist: Rot-Grün schützt die Starken auf Kosten der Schwachen. Das Lohn- und Tarifkartell wird von Rot-Grün auf Kosten derer geschützt, die keine Arbeit haben, auf Kosten von mittlerweile über fünf Millionen Menschen.

Rot-Grün ist nicht nur politisch gescheitert – Rot-Grün ist auch moralisch gescheitert. Das ist der eigentliche Skandal, der ausgesprochen gehört! Jeder Tag, an dem Rot-Grün weiter vor sich hin stolpert, ist ein moralischer Skandal.

– ANREDE –

Deshalb sagen wir Liberale: „Entlastet endlich die, die Arbeit schaffen können, entlastet sie von ausufernden Steuern, entlastet sie aber vor allem von sinnlosem bürokratischen Ballast“! Deshalb sagen wir Liberale: Wir brauchen eine drastische Flexibilisierung von Arbeitsmarktregularien, eine schnelle Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und eine spürbare Entlastung kleiner und mittelständischer Unternehmer von bürokratischen Antrags- und Berichtspflichten.

– ANREDE –

Diese Bundesregierung kann es nicht. Schröder und Kollegen sind sich des Problems der Arbeitslosigkeit offenbar gar nicht bewusst, bauen sich eine Scheinwelt auf und flüchten sich angesichts wachsender Probleme in eine Art politisches Nirwana.

Beispiel:

2001 waren 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeit. Reaktion Rot-Grün: „Keine Rezessionsgefahr.“

2002: Über 4 Millionen arbeitslos. Der Bundeskanzler: „Die Talsohle ist durchschritten.“

2003: 4,3 Millionen Arbeitslose. Die Bundesregierung: „Der Tiefpunkt ist durchschritten!“

2004: 4,4 Millionen Menschen ohne Arbeit. Wirtschaftsminister Clement versichert: „Ich bin überzeugt, dass wir die Arbeitslosigkeit in geraumer Zeit halbieren können“

Im Januar 2005: Rekordarbeitslosigkeit von 5 Millionen. Was sagt der Regierungschef dazu? Schröder: „Wir haben jedenfalls mit der Arbeitsmarktreform unser Möglichstes zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit getan“

In diesem Februar ist die Arbeitslosigkeit auf 5,2 Millionen gestiegen. Der Bundeskanzler findet das „bedrückend“.

– ANREDE –

Damit ist der Bundeskanzler in guter Gesellschaft. Auch unser verehrter Ministerpräsident findet diese Horrorzahl „bedrückend“.

– ANREDE –

in unserem Freistaat waren Mitte Februar 239.100 Menschen arbeitslos. 4900 Menschen mehr als noch im Januar und 13 100 mehr als vor einem Jahr. Und der verehrte Ministerpräsident kommentiert die Zahlen mit „bedrückend“. Ich finde einen solchen Kommentar von einem Bundeskanzler, aber auch von einem Ministerpräsidenten „bedrückend“, für beide aber „bezeichnend“. Übrigens: Zu einer offiziellen Pressemitteilung zur Arbeitslosigkeit war die CDU Thüringen nicht im Stande. Auch hier wieder in guter Gesellschaft: Die SPD Thüringen war es auch nicht.

Den Vogel abgeschossen hat aber Herr Müntefering der gestern wie folgt zitiert wurde: „Die Zahl ist bedrückend, das ist wohl wahr. Aber das, was wir haben, ist 1998 Kohl plus Statistik Hartz.“ Das –ANREDE – ist wohl das unglaublichste, was ich zu diesem Thema überhaupt gehört habe. Sieben Jahre in der Verantwortung und schuld sind die anderen und die Statistik. Liebe Freunde, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass diese Regierung am Ende ist, dann ist er hiermit erbracht.

– ANREDE –

Konzepte liegen auf dem Tisch. Wir Liberale haben Konzepte auf den Tisch gelegt, ich habe den Antrag 30 bereits erwähnt, verweise aber immer auch gerne auf unser Wahlprogramm. Denn dort haben wir Konzepte vorgelegt, die damals richtig waren, und die es heute auch noch sind.

Zusammen mit Sachsen und Sachsen-Anhalt – notfalls aber auch allein – müssen wir Möglichkeiten für Sonderregelungen prüfen. In unserem überregulierten Land hängt in der kleinsten Halle ein Notfallplan. 5,2 Millionen Arbeitslose in Deutschland sind ebenfalls ein Notfall, und zwar ein akuter. Es wird Zeit, dass die Politik hierfür einen Notfallplan entwickelt.

– ANREDE –

Ausgehend von den Ergebnissen der PISA-Studien ist auch die Bildungspolitik ein Notfallpatient in Deutschland. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass im Landtagswahlkampf des vergangenen Jahres Bildung und Schule ein zentrales Thema

war. Was findet sich davon in der Politik der Landesregierung wieder? Streichungen bei der Schülerbeförderung und der Schulspeisung. Die unsägliche, für Pädagogen beleidigende Oma-Debatte. Die allseits bekannten und unverstandene Debatte um die Schulhorte, bei der die geplanten Veränderungen gar nichts ändern sollten. Bildungspolitische Visionen mit dem Ziel, Thüringen zu einem Bildungsland zu entwickeln? Fehlanzeige!

– ANREDE –

Wir haben bildungspolitische Anträge vorliegen; Anträge, die unsere Programmatik weiterentwickeln sollen und die unseren Weg aus der bildungspolitischen Misere zeigen.

Das ist nötig, denn die Welt um uns herum entwickelt sich, Deutschland muss Schritt halten können. Deutschland ist groß geworden mit seinen Ingenieuren, mit deren Wissen und Innovation. Deutschlands Bedeutung wird schwinden, wenn die Bedeutung seiner Ingenieure, seiner innovativen Entwickler und wissenschaftlich und technischen Vordenker schwindet. Und auf diesem Weg kommen wir ausnahmsweise recht gut voran.

Die PISA-Studien haben gezeigt, dass mit dem Bildungssystem einiges im Argen liegt. Und die Schlussfolgerung daraus kann nicht heißen: Weiter so!

Im vorliegenden Antrag 10 fordern wir die Schaffung eines einheitlichen Bildungssystems in Deutschland. Zum Jahreswechsel habe ich mit gemeinsam mit den FDP Landesvorsitzenden aus Sachsen und Sachsen-Anhalt die Vereinheitlichung der Bildungssysteme in unseren Ländern angeregt und damit die Schaffung eines „Bildungslandes Mitteldeutschland“. Nicht als Insellösung, sondern als Keimzelle, als Beweis, dass es gemeinsam und mit einer größeren Einheitlichkeit besser geht, als mit der derzeitigen Kleinstaaterei. Und damit letztlich als Einladung an weitere Nachbarn, sich diesem Bildungsland anzuschließen um das Bildungsland Deutschland wieder auf Vordermann zu bringen. Wir stellen uns dieser Diskussion, wir führen sie ohne Denkverbote.

Vorbehalte gegen mehr Kompetenzen für den Bund kann ich indes mit Blick auf die in Berlin regierenden Parteien gut verstehen. Das ist aber ein kurzfristiges Problem, welches nächstes Jahr einer Lösung zugeführt wird.

– ANREDE –

unser Land wird mitregiert von einer Partei, die 1986 einen Computerboykott beschlossen hat und die seither so ziemlich jeden technischen Fortschritt auf ihren Verbots-Index gebracht hat. Unser Land wird mitregiert von einer Partei, deren in halbgottähnliche Sphären selbstüberhöhte Gallionsfigur ein Buch verfasst hat, welches den bemerkenswerten Titel "Regieren geht über Studieren" trägt.

Diese Partei gibt sich so gerne als Fortschrittspartei. In Wahrheit, – ANREDE –, sind die Grünen die fortschrittsfeindlichste Diaspora, die unser Land jemals regiert hat. Und die SPD spielt dieses Spiel um des Machterhalts willen mit, wissend, dass sie der hohen Kunst der Grünen, Misserfolge rot und Scheinerfolge grün aussehen zu lassen, nichts entgegen zusetzen hat.

Grüner Fortschritt besteht aus Ausbildungsplatzabgabe und Antidiskriminierungsgesetz, aus Getrennmülltonnen und Dosenpfand. Dank grünem Fortschritt gibt es gutes Dioxin

aus Freilandhaltung und böses aus Käfigen. Grüner Fortschritt bemisst sich nach und der Länge von Gesetzestexten und nach der Anzahl von Verboten neuer Technologien. Das wahre Ergebnis grünen Fortschritts ist der Verlust spezialisierter Arbeitsplätze und veränderter Heilungschancen für Kranke. Das wahre Ergebnis grünen Fortschritts ist die Abwanderung hochspezialisierter Wissenschaftler und Forscher aus Deutschland.

Aber –ANREDE–

Die Grünen sind nicht nur politisch gescheitert – sie sind auch moralisch gescheitert. Ihre Existenzberechtigung und ihr moralischer Anspruch basiert auf einigen Attributen, mit denen sie sich selbst schmücken: Sie sind angetreten vor vielen Jahren als Pazifisten, Atomkraftgegner und Umweltschützer, neuerdings zunehmend sogar als Liberale. Pazifisten? Für die Rekordzahl Auslandseinsätze der Bundeswehr kann man ja die Begründung Friedensmissionen noch gelten lassen. ABER: Seit die Grünen mitregieren haben deutsche Rüstungsexporte neue Rekordhöhen erreicht.

Atomkraftgegner? Das so genannte Ausstiegsgesetz ist in Wahrheit die beste Bestandsgarantie, die deutsche Atomkraftwerke je hatten. Nachteilig wirkt sich der Ausstieg bei den Hochtechnologie-Arbeitsplätzen aus, die Sicherheitstechnologie made in germany entwickelten.

Umweltschützer?

Nach einem auf dem letzten WWF vorgestellten Ranking zum sogenannten „Umwelt-Nachhaltigkeitsindex“ rangiert Deutschland auf Platz 31 der umweltfreundlichsten Länder dieser Welt! Weit hinter den skandinavischen Ländern, das würde ja noch gehen. Aber vor uns, vor der Bundesrepublik Deutschland, liegen in der Umweltfreundlichkeit Länder wie Uruguay, Gabun, Litauen und selbst Albanien. Wenn die Trittschen Ideen der letzten Jahre also zu irgend etwas gut waren, dann dazu uns alle zu drangsalieren, Arbeitsplätze zu verteuern, Firmen und Forscher ins Exil zu treiben und Spargel in die Landschaft zu stellen.

Und Liberale?

Spätestens seit sich die deutsche Visapolitik mehr als Import- denn als Exportschlager erwiesen hat, beginnt die deutsche Öffentlichkeit zu begreifen, dass die mit Liberalismus nichts zu tun haben.

In Wahrheit sind die Grünen so liberal wie der Vatikan. Niemand übertrifft sie im Verhindern, Regulieren und Bevormunden. Die Grünen werden nicht vom Gedanken an die Freiheit getrieben, sondern von der Angst davor.

Ich bin sicher, dass Herr Büttigkofer und Frau Göring-Eckardt sich heute auch mehr als einmal mit UNSEREM Attribut schmücken werden. Aber das sind fremde Federn, die Grünen stehen längst nackt und ungeschützt da. Ihr Image mag geprägt sein vom „Erlaubtsein“, ihr tatsächliches Wirken vom Gegenteil: vom Verboten! Schauen Sie sich genau an: Die Grüne Familie besteht aus den Dosenpfands und Ökosteuer, den Forschungsverbots und Visagebers, aus den Blenders und den Täuschers. Keiner dabei, den ich in irgendeiner Regierung sehen möchte, auch dies entwickelt sich zur absoluten Mehrheitsmeinung. Das dies so bleibt, auch dafür werden wir weiter arbeiten!

– ANREDE –

Wir beraten heute Anträge, die die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft fokussieren. Wir bieten Lösungen an, wir wollen aus unserer freiheitlich-liberalen Verantwortung ein freies Land gestalten. Wir Liberale wollen offenkundig vorhandene Missstände beheben und durch gesellschaftliches Engagement mit liberaler Energie unseren freiheitlich-demokratischen Staat vor Unvermögen, vor Stümperei, vor Lethargie und vor politischen Radikalismus bewahren. Wir haben Lösungen für die von uns erkannten Probleme. Wir wollen die Schwierigkeiten in unserem Land mit Politik beheben. Dazu beraten wir Anträge, dazu unterziehen wir uns auch selbst einem permanenten politischen Willensbildungsprozess.

– ANREDE –

Das müssen wir aber nicht nur WOLLLEN – das müssen wir auch KÖNNEN. Und wir können es nur, wenn wir die nötige Logistik, die nötige Hintergrundarbeit, das notwendige Tagesgeschäft zu bewerkstelligen in der Lage sind.

(Anmerkung für die Presse: Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf einen Satzungsänderungsantrag zur Anhebung der Kreisumlage)

– ANREDE –

Der Landesvorstand hat Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, der eine Anhebung der Kreisumlage an den Landesverband beinhaltet. Wir tun dies nicht leichtfertig, nicht aus Bequemlichkeit, sondern aus Notwendigkeit. Der Schatzmeister wird Ihnen den Antrag begründen. Ich greife ihm nicht vor. Ich will sie nur auffordern, ich möchte sie bitten, ihre Stimmverhalten sorgfältig abzuwägen. Sie tragen als Delegierte für den Landesverband eine große Verantwortung. Denn Sie sind Mitglied des höchsten Gremiums unseres Landesverbandes. Wägen Sie Ihre Entscheidung gewissenhaft und sorgfältig mit den Interessen Ihres Kreisverbandes und den Notwendigkeiten des Landesverbandes ab. Ich verstehe die Einwände, die vorgebracht werden. Wir haben im Landesvorstand intensiv darüber diskutiert. Die Landesvorstandsmitglieder haben die Diskussion in die Kreisverbände getragen, wir haben als Landesvorstand intensiv mit den Kreisen diskutiert. Und wir haben im Landesparteirat gründlich und sorgfältig über diese Maßnahme diskutiert. – ANREDE – Die Maßnahme soll nicht dem Ausbau der Organisation auf Landesebene dienen, sondern schlicht die Funktionsfähigkeit für eine weitere gute und anständige Arbeit des Landesverbandes gewährleisten.

– ANREDE –

Der Landesverband, die FDP in Thüringen und damit die Liberalen im Freistaat, also Sie alle, haben in den letzten Monaten hervorragendes geleistet. Der Landesverband ist nach der Wahl nicht in Agonie verfallen, wie er es oft nach Wahlen getan hat. Er ist weiter in der Offensive geblieben. Die Kreisverbände haben vor Ort gute Arbeit geleistet, der Landesverband behielt seinen Platz in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir sind weiter in der Offensive. – ANREDE – Es wird sehr wohl wahrgenommen, was bei der FDP geschieht. Es wird mit großem Interesse aber – und dies vor allem bei den politischen Mitbewerbern - auch mit zunehmender Unruhe wahrgenommen, dass wir, das die FDP Thüringen mit Kraft und Elan an die politische Öffentlichkeit zurückgekehrt und auch dort geblieben ist. Der politische Mitbewerber in Thüringen schaut auf die FDP. Mancher kopiert billig ihre Ideen, wie SPD-Matschie mit seinen rudimentären Vorschlägen zur Mitteldeutschland-Initiative. Andere schreiben hektische Newsletter wie der CDU-Generalsekretär Mohring. Und auch über Thüringen hinaus wird die FDP Thüringen wahrgenommen. – ANREDE – Wir treten für unsere Ideen ein und finden dadurch auch

Eingang in die überregionale Presse. In den letzten Monaten war es keine Seltenheit, dass verehrte Parteikollegen anderer Landesverbände zu programmatischen Vorschlägen der FDP Thüringen mit mir in Kontakt getreten sind.

– ANREDE –

Diese Fortschritte bestreiten wir aus der derzeitigen Substanz. Wir bestreiten dies aus äußerst knapp bemessenen Ressourcen. Die fehlenden finanziellen Möglichkeiten unserer Partei werden oftmals durch viel Kreativität ausgeglichen. Dies war vor und im Landtagswahlkampf so, vergleichen sie unsere Ausgaben mit denen der anderen Parteien. Dieses Niveau können wir aber nicht aufrecht erhalten, wenn wir die ohnehin knapp bemessenen Ressourcen nicht auf diesen Stand belassen. Und dies können wir nicht, wenn wir bei der derzeitigen Umlage bleiben.

– ANREDE –

Bleiben wir bei der jetzigen Umlage, bedeutet dies für den Landesverband, dass er seine Aktivitäten massiv zurückfahren muss. An einzelnen Ausgabeposten kann nicht mehr gespart werden. Wir können nur noch ganze Ausgabeposten sparen. Und dies bedeutet, dass wir unsere Aktivitäten massiv zurückfahren müssen. Dabei muss jeder Einzelne wissen, dabei muss jeder Kreisverband berücksichtigen, was wir damit riskieren. Wir setzen das aufs Spiel, was wir uns gemeinsam in den letzten 16 Monaten aufgebaut haben. Wir riskieren, den Stand aufzugeben, den wir uns erkämpft haben und den wir ausbauen wollen. Das kann keiner wollen. Daran kann niemand interessiert sein, der Landesverband nicht und kein Kreisverband. Denn wir machen dann Platz für andere, die ihre Interessen durchsetzen wollen. Und das deren Interessen nicht die unseren sind, wissen wir.

– ANREDE –

Warum machen wir Politik? Warum setzen wir uns in ehrenamtlicher zumeist mühseliger und zeitaufwendiger Arbeit für die liberale Partei ein? Weil wir wissen, dass der politische Mitbewerber einen falschen Weg geht. Das hat er oft genug bewiesen. Dort wo wir Liberale stehen, dort wo wir die FDP präsentieren, dort wo wir unsere als richtig erkannten politischen Ziele einbringen, dort schränken wir auch die Handlungsfähigkeit, die in vielen Fällen Unfähigkeit ist, der anderen Parteien ein. Dafür sind wir in der Politik. Geben wir diesen Platz auf, nimmt der politische Mitbewerber ihn gern ein.

– ANREDE –

Wenn wir unsere Ziele, die wir für richtig und für notwendig erachten, wenn wir sie umsetzen wollen, dann müssen wir auch die Grundlagen dafür erhalten. Gelingt uns dies, können wir unsere Ziele umsetzen, in den Kreisen und im Land.

– ANREDE –

Wir Liberale gehen den richtigen Weg in unserer Gesellschaft für unsere Gesellschaft. Wir gehen einen richtigen Weg, weil wir mit freiheitlich-liberaler Verantwortung ein freies Land gestalten wollen. Wir gehen einen richtigen Weg, weil wir mit liberaler Energie unseren freiheitlich-demokratischen Staat vor Kraftlosigkeit, Trägheit und Gleichgültigkeit bewahren wollen. Das ist ein richtiger Weg, weil wir nicht nur Visionen, nicht nur Zukunftsziele, sondern auch Wurzeln haben. In diesem Jahr jährt sich der einhundertste Todestag von Ernst Abbe, dem Forscher und Industriellen aus Jena. Seine sozialpolitischen Forderungen sind bis heute aktuell. Und – ANREDE – den ich in die Reihe Thüringer Liberaler einordne. Auch Otto Schott ... Vor 60 Jahren gründete sich in Thüringen die

liberale Partei, die sich gegen den Allmachtsanspruch der sogenannten herrschenden Klasse wehrte. Liberale, die zum Sozialismus der Kommunisten ein Gegengewicht sein wollten. Die mit Bürgerrechts- und Sozialgedanken gegen den Allmachtsanspruch ankämpften und dafür auch in Gefängnisse und ins Exil gingen. Vertreter dieser Generation sind heute hier. Sie sind uns nicht nur Mahnung, sondern sie erinnern uns auch an die Pflicht, dass Freiheit und Eigenverantwortung nicht selbstverständlich sind, sondern täglich erkämpft werden müssen. „Schwerer Dienste tägliche Bewahrung, sonst bedarf es keiner Offenbarung.“ Dies war der Leitspruch der LDP damals. Er ist uns auch heute Verpflichtung. Er sollte uns auch heute Leitgedanke sein.

– ANREDE –

Wir gehen einen guten Weg. Wir Liberale in Thüringen haben uns oft genug und lange genug sagen lassen müssen, dass wir nur eine untergeordnete Rolle spielen. Diese Zeiten sind vorbei. Sie sind nicht mit dem heutigen Parteitag vorbei, sie waren es auch nicht mit dem letzten in Altenburg. Nein diese Zeiten sind längst vorbei. Und wir haben in den vergangenen Monaten bewiesen, dass wir unserer Rolle gerecht werden. Daran haben Sie alle einen großen Anteil. Wir werden weiter arbeiten, wir werden weiter in die Offensive gehen, wir werden größer. Das ist unser Anspruch das ist unser Ziel. Wir können mit einem gewissen Stolz auch sagen, wir sind in der FDP. – ANREDE – Wir sind die Liberalen in Thüringen!

Herzlichen Dank.